

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 3. Mai 1902.

№ 52.

Noch einmal der Generalstreik.

Durch die technische Herstellungsweise des Corr. ist es bedingt, daß dieser zwei Tage vor seinem Erscheinen im Satz fertiggestellt ist. Wir mußten somit bereits am 23. April das Manuskript des in Nr. 49 enthaltenen Beitrags in die Druckerei geben, waren infolgedessen in der Beurteilung der belgischen Lage einzig und allein auf unser Urteil angewiesen und konnten daher auch von den später erscheinenden Artikeln in der Arbeiterpresse weder Notiz nehmen noch unsere Beurteilung und Kritik auf jene Artikel zuipigen. Dies halten wir für nötig festzustellen, weil nach dem Erscheinen unsers Artikels einmal innerhalb der Sozialdemokratie selbst ein gut Teil unserer Ausführungen unterstützt und weil zum andern von einzelnen maßgebenden Organen der Sozialdemokratie dieses unser Urteil, daß im Wesen der Sache mit dem jener Organe zusammenfällt, bei uns als schändlichster Verrat der Arbeiterprinzipien bewertet, dagegen dasselbe Urteil in Parteikreisen als erleuchteter Marxismus verzapft wird. „Wenn Zwei dasselbe tun . . .“

Nun hat der Artikel des Corr. in Nr. 49 die gewohnte bössartige und gewalttätige Beurteilung durch den Vorwärts und die Sächsischen Arbeiterzeitung gefunden. Beide Organe der deutschen sozialdemokratischen Partei lassen klar und deutlich erkennen, daß dem Corr. verboten sein soll, ein selbständiges und sachliches Urteil über irgend einen Vorgang des wirtschaftlichen und politischen Lebens abzugeben, wenn dieses Urteil in einzelnen Punkten sich nicht in den Parteischematismus und die Parteidogmatik einfügen will, wenn außer der von oben herunter bestimmten Richtung in der Beurteilung wichtiger Ereignisse das unabhängige Denken Schlussfolgerungen zieht, die eine Partei der geistigen und individuellen Freiheit nicht dulden will. Hören wir zunächst einmal das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Partei, den Vorwärts:

Ueber den Generalstreik in Belgien stellt nachträglich der Corr., das Blatt des Herrn Rezhäuser, in der „neutralen“ Weise, die es auszeichnet, allerlei Betrachtungen an. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Auch daß er die deutsche Parteipresse rüffelt, kränkt uns nicht. Die bewundernde Zustimmung der — freisinnigen Zeitung, die gegen die Ansprüche der Buchdrucker seinerzeit die schöne Parole ausgab: „Stellen Sie Mädchen ein“ und die jetzt den Corr. als Autorität in der belgischen Angelegenheit gegen die Partei ausspielt, würde für uns ausreichende Genugtuung bedeuten, wenn wir uns verlegt fühlten. Minder schön ist es, daß er fälschlich behauptet, daß der Vorwärts „ohne jede Nachprüfung die erste Meldung von der Aufhebung des Generalstreiks als einen deplazierten Ausruf aus der als eine freche Verleumdung bezeichnet habe“. Das ist hoffentlich nur ein unwissentliches Versehen; denn jene Bemerkung des Vorwärts bezog sich auf die unrichtige Nachricht des Wolffschen Büreaus vom Donnerstag den 17. April, daß die Arbeit wieder aufgenommen worden sei, während die Aufhebung des Generalstreiks erst am folgenden Sonntag beschlossen und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wurde.

Nicht ruhig hingehen lassen aber können wir die folgende häßliche Bemerkung des Artikels:

„Ganz gegen seine sonstige Gesinnung hat auch der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei Geldmittel für die belgischen Arbeiter flüchtig gemacht, jedenfalls nicht wegen, sondern trotz des Generalstreiks.“

Wir wollen uns hier nicht über den Unterschied eines Generalstreiks für wirtschaftliche und eines solchen

für politische Zwecke verbreiten, nicht untersuchen, ob der politische Generalstreik in Belgien angesichts der dortigen Verhältnisse nicht doch einen Erfolg hätte erzielen können, aber wir sind erstaunt, daß ein in einem Arbeiterorgane erscheinender Artikel kein Gefühl dafür zu haben scheint, daß es heilige Pflicht ist, kämpfende Kameraden auch dann zu unterstützen, wenn man ihre Sache für aussichtslos oder ihre Mittel für falsch hielte; die sozialdemokratische Partei hat die Buchdrucker bei ihrem letzten Streik mit viel erheblicheren Mitteln unterstützt als jetzt die Belgier — und doch bestand damals bei der Partei kaum ein Zweifel, daß der Kampf erfolglos bleiben würde.

In dem Bestreben, an Vornehmheit der Gesinnung gegenüber dem Vorwärts nicht zurückzutreten, giebt uns die Sächsische Arbeiterzeitung einen Rauchentwurf folgenden Inhaltes über den Kopf:

„Ein edles Brüderpaar. Zwei Blätter in Deutschland haben sich — wenn man von den unbeachtlichen Hefereien der Dresdener Nachrichten abliest — durch die Beschimpfung unserer tapferen belgischen Brüder besonders hervorgetan, das ist die freisinnige Zeitung des verbotenen Mandchesteeranarchisten Eug. Richter und der Corr., das Organ der deutschen Buchdrucker, in dem der Ex-Sozialdemokrat Rezhäuser allwöchentlich dreimal seine Angriffe auf die deutsche und ausländische Sozialdemokratie veröffentlicht. Eugen Richter und Rezhäuser Arm in Arm. Der Ritter von der traurigen Gestalt, hinter dem der Sancho Pansa einhertrabte. Man kann dieses wundervolle Bild nicht besser ausmalen, als es in einer Notiz der freisinnigen Zeitung selbst geschieht; es heißt da: Ueber die Niederlage des belgischen Sozialismus urteilt der Corr., das Organ des großen Gewerbevereins der deutschen Buchdrucker und Schriftgießer, in ähnlicher Weise wie die freisinnige Zeitung.“

Herr Rezhäuser, dem der Vorwärts eine niedliche — sagen wir: Veränderung der Tatsachen bei dieser Gelegenheit nachweist, meint, man könne aus dem belgischen Vorgehen nur lernen, daß man sich mit über-radiakalen Phrasen, wie sie die belgischen Führer gebrauchten, nur lächerlich mache, und daß der Arbeiterschaft damit nichts genützt wird. Noch auf lange Zeit hinaus werden die wirtschaftlichen Schäden des Generalstreiks in tausenden von Familien das Elend heimlich machen. Die Niederregelung der Arbeiter durch Polizei, Bürgergarde und Militär verweise die Fratzenisierung der bewaffneten Macht mit dem Wolfe in das Reich der Ausschneiderei und Stimmungsmacherei. Das inhaltslose Drogen mit Revolution habe seinen Schrecken für die herrschende Gesellschaft verloren und nicht bloß in Belgien.

Wenn der Haß gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und die Lust an perfiden Anrumpelungen dem Redakteur des Corr. Zeit gelassen hätten, sich auch über die Dinge zu unterrichten, über die er schreibt, dann würde er wohl zu einem klareren Urteile gekommen sein. Aber es ist ihm offensichtlich nur ums Unreine zu tun. . . .

Wenn Herr Rezhäuser einen seiner üblichen Angriffe auf die deutsche Sozialdemokratie ausgeführt hat, dann pflegen ihn viele seiner Berufsgenossen damit zu entschuldigen, er sei „schwer gereizt“ worden. Wer hat ihn denn in diesem Falle gereizt? Warum fällt er über unsere belgischen Genossen und uns her, wie ein bissiger Dorklöter über den Wanderer? Es ist nur seine Standsucht, die ihm Dinge, von denen er offensichtlich gar nichts versteht, zum Anlaß eines häßlichen und unbegründeten Angriffs zu nehmen treibt. Er wird sich zwar wieder auf das „Recht der freien Kritik“ berufen wollen; damit dürfte er aber gründlich abfallen, denn den Unterschied zwischen einer anhängigen Kritik und einer schabigen Kadavermache wird er nicht verwischen können.“

Bevor wir uns kritisch mit den vorstehenden Anwürfen beschäftigen, wollen wir noch ein Wort über den Generalstreik als solchen verlieren. Wir halten denselben, gleichviel zu welchen Zwecken er inszeniert wird, für undurchführbar. Wo er in-

sceniert wird, ist er der Vorbote gewalttätiger Umwälzung, erscheint er „als das erste Stadium einer herausziehenden regelrechten Straßenrevolution“. Es ist heller Wahnsinn, wenn Rosa Luxemburg in der Neuen Zeit schreibt, daß die politische Bedeutung der ruhig streikenden Arbeitermassen in Belgien seit jeher lag und heute noch darin liegt, „daß sie im Falle der hartnäckigen Weigerung seitens der Parlamentsmehrheit eventuell bereit und fähig sind, durch Unruhen, durch Straßenrevolten die herrschende Partei niederzuzwingen“. Die Krapotkin, Blanquis usw. können von dem „Marxismus“ der Bertvererin des wissenschaftlichen Sozialismus noch viel lernen. Das ist es eben, daß wir es in dem von der „blutigen Rosa“ propagierten Generalstreik nicht mehr mit einer wirtschaftlichen Aktion der Arbeiterschaft, sondern mit der blanken Revolution zu tun haben, wie sie noch immer korrupte Regierungen, bankrotte Gesellschaftseinrichtungen und verfaulende Staaten trifft und getroffen hat. Entweder sind die Verhältnisse reif für eine Revolution, dann ist der Generalstreik eine Begleiterscheinung der elementaren Explosion aufgeschauelter Unzufriedenheit eines ganzen Volkes, oder eine Revolution ist unmöglich, dann ist der Generalstreik ein Experiment, dessen Folgen zerschmetternd auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter niedersaufen. Ein Drittes gibt es nicht. Mit einem zielbewussten Vorgehen solcher Organisationen hat der Generalstreik nichts zu tun, es sind nur gewerkschaftliche Fragmente von Organisationen, deren Mitglieder sich an der Idee des Generalstreiks verausgaben. Die Produktionsverhältnisse eines Landes, dessen Ein- und Ausfuhr, die Frage ob Industrie- oder Agrarstaat mit all ihren zahlreichen Unterfragen, die Geschichte und geographische Lage eines Landes, seine inneren und äußeren politischen Verhältnisse, die Zusammensetzung der Bevölkerung, deren Sprachenverhältnisse, religiöse Anschauungen und Bildungsgrad, der Hoch- oder Tiefstand der Gewerkschaften sowie sonstige wirtschaftliche und soziale Momente spielen für die Frage eines Generalstreiks eine so eminent wichtige Rolle, daß er ein Prinzip überhaupt nicht bilden, sondern nur insoweit in Betracht kommen kann, wie wir in unserm ersten Artikel und auch in diesem wieder dargetan. Ist eine Arbeiterschaft fähig zum Generalstreik, ist sie fähig zur Revolution, denn, darin pflichten wir Rosa Luxemburg bei, hinter dem Generalstreik droht „die freie Entfaltung der Volksbewegung, das Gespenst der Revolution“. Darum ist es „Generalunfug“, eine Revolution machen zu wollen bloß zu gunsten einer Wahlrechtsverbesserung, die Revolution muß das Volk an das Ziel seiner Wünsche bringen oder sie ist von vornherein verfehlt oder verfrüht und darum mußte in Belgien der Generalstreik an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen.

Der Generalstreik ist und bleibt immer nur ein Problem für die den Gewerkschaften indifferent begegnenden Massen, er steht in allen Ländern auch nur so lange zur Diskussion, als die Gedanken und Aufgaben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf einen Bruchteil der Arbeiter überhaupt sich beschränken. Mit jeder Steigerung des Prozentverhältnisses der ge-

werkhaftlich organisierten Arbeiter ist somit an kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Errungenschaften zu verzeichnen, daß kein Land mehr revolutionäre Aufstände, Streikrevolten und dergleichen möglich macht. Es gibt keine blühende Gewerkschaftsbewegung unter belgischen Verhältnissen und umgekehrt. Wer aber durch Vorgänge wie in Belgien gleich seinen ganzen „wissenschaftlichen Sozialismus“ über den Haufen wirft und hinter seiner glatten wissenschaftlichen Oberfläche den rauhen Propagandisten der Tat hervorkehrt, wer heute für die organische Entwicklung und morgen für die „regelrechte Streikrevolution“ sich begeistert, der wird wohl schwerlich jemals ein Verständnis dafür haben, was es heißt, in zäher, unablässiger gewerkschaftlicher Arbeit ein zuverlässigeres Mittel für die Erstarkung der wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter zu erblicken als in dem Phantom eines Generalstreiks. Man mag die Verhältnisse, unter denen z. B. die deutschen Arbeiter heute leben, so scharf verurteilen wie man will, man wird aber ohne jahrzehntelange Zukunftsarbeit der Gewerkschaften — von der Vergangenheit ganz abgesehen — die Arbeiter nicht zu einem gewichtigen Faktor in wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands machen können. Und wie bereits im letzten Artikel ausgeführt, sind starke wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter die Träger für dauernde politische Errungenschaften. Aber diese Tatsache hilft die donnerndste politische Kammerrede nicht hinweg.

Selbstverständlich ist nun niemand gehalten, unserer Auffassung über die belgischen Vorgänge beizutreten. So lange aber aus unseren Mitgliederkreisen ein sachlich begründeter Widerspruch im Corr. nicht geltend gemacht wird, müssen wir schon annehmen, daß wir mit unserm Artikel in Nr. 49 der Meinung des überwiegenden Teiles der Verbandskollegen Ausdruck gegeben haben. Der zu einem durchsichtigen Zwecke vom Vorwärts unternommene Versuch, den Corr. als „das Blatt des Herrn Reichhäuser“ zu bezeichnen, beweist daher nur die grenzenlose Verlegenheit bei dem Unterfangen, den Corr.-Redakteur von seinen Kollegen zu trennen. Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß in dieser Beziehung auch dem Vorwärts demnächst ein Licht aufgeleuchtet wird. Das scheußlichste Verbrechen, dessen wir uns aber schuldig gemacht, ist, mit unserm Artikel „die bewundernde Zustimmung der Freisinnigen Zeitung“ gefunden zu haben. Begeistert ruft die Sächsisch-Elbsche Arbeiterzeitung aus: „Ein edles Brüderpaar“, „Eugen Richter und Reichhäuser Arm in Arm“, „Sando Pansa“ des „Ritters von der traurigen Gestalt“ usw. Einmal denunziert man uns im Bunde mit Schweinburg, dann wieder mit Kaumann und jetzt mit Eugen Richter! Ein Schauspiel für Götter! Wird es bei dieser überwältigenden Logik unseren Kollegen nun nicht bald sonnenklar, daß sie alle vier Wochen an eine andre Partei verraten werden? Haben unsere Kollegen es nicht bald satt, mit dem Blatte „des Herrn Reichhäuser“ ohne Innehaltung der Rindigungszeit all diese politischen „Umzüge“ mitzumachen? Aber weiter: Nach der Logik des Vorwärts haben wir Unrecht, weil die Freisinnige Zeitung unserm Urteile bezüglich des belgischen Generalstreiks zugestimmt haben soll — gelesen haben wir es nicht. Da man ohne weiteres annehmen darf, daß außerhalb der Sozialdemokratie Stehende weder zu einem ehrlichen und anständigen noch objektiven und sachkundigen Urteile qualifiziert sind, so haben wir so wie so Unrecht. Das selbe verdichtet sich aber zum rabenschwarzensten Verrate an der Arbeiterschaft, wenn unser Urteil die Zustimmung Eugen Richters gefunden haben sollte. Nach unserer sozialdemokratischen Auffassung verliert kein Urteil seine Berechtigung, wenn der Gegner ihm beipflichtet, aber nach der Logik des Vorwärts darf kein bürgerlicher Abgeordneter sich jemals wieder im Reichstage für die Anträge und Forderungen der Arbeiter erklären, wenn die Bebel, Luer und

Singer der Gefahr entgehen wollen, eventuell die Zustimmung Eugen Richters zu finden, wie dies schon so oft bei der Budgetberatung und in der Frage des „persönlichen Regiments“ in Deutschland der Fall gewesen ist. Ist sich denn der Schreiber im Vorwärts auch darüber klar gewesen, daß vielfach die sozialdemokratische Presse es gestillt und rühmend hervorhebt, wenn ein Teil der Arbeit der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften von bürgerlicher Seite Anerkennung findet? Und sind derartige Anerkennungen denn gar so selten? Warum wird eine gelegentliche zustimmende Haltung irgend eines nicht sozialdemokratischen Parlamentariers gegenüber dem Corr. auf dessen angebliehen Arbeiterverrat zurückgeführt, warum wird fortgesetzt in dieser un sinnigen Weise gegen das Organ des Verbandes Front gemacht? Ein Narr wartet auf Antwort.

Was wir „fälschlich behauptet“ haben sollen und was als „unwissenschaftliches Versehen“ unsererseits deklarieren wird, darauf kommen wir noch zurück, wir wollen uns zuerst mit der angeblichen „hämischen Bemerkung“ beschäftigen. Wir haben mit voller Absicht darauf hingewiesen, daß der **Parteivorstand** „ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit“ überraschend schnell Geldmittel für den Generalstreik flüssig gemacht hat. Darauf erwidert der Vorwärts mit dem Hinweis auf die Unterstützung der Buchdrucker durch die sozialdemokratische Partei im Jahre 1891. Dies ist im Laufe der Zeit in der Parteipresse schon so oft geschehen, daß einige Aufklärung am Platze sein dürfte. Wir stellen fest, daß damals der Parteivorstand wiederholte Gesuche der Verbandsleitung, auf kürzeste Zeit eine größere Summe den Buchdruckern als Darlehen zu gewähren, abgelehnt hat und daß er lediglich sich dazu bereit erklärte, den Leipziger Buchdruckern, aber nur diesen, 20 000 Mk. als Darlehen vorzutreten, welche Summe alsbald dem Parteivorstande wieder zurückgezahlt worden ist. Das ist die ganze Unterstützung, welche der Parteivorstand erst nach wiederholten Vorstellungen den Buchdruckern zu teil werden ließ. Sie war mehr gezwungen als freiwillig zugestanden worden. Darum berührt es eben so eigentümlich, daß der für die deutsche Arbeiterschaft so unendlich bedeutungsvolle Streik der Buchdrucker nur eine so widerwillige, der Streik der belgischen Arbeiter dagegen eine so freudige Unterstützung fand. Wenn der Vorwärts sagt, daß damals bei der Partei kaum ein Zweifel bestand, daß der Kampf der Buchdrucker erfolglos bleiben würde, so war das zur Zeit des Unterstützungsgesuches nicht zu sagen, während mit dem Augenblicke der Proklamierung des belgischen Generalstreiks für jeden Klarblickenden das Fiasco feststand. Daß aber die belgischen Arbeiter nicht unterstützt werden sollten, dieses „Erstaunen“ hätte sich der Vorwärts schenken können, denn trotz des Generalstreiks mußten die belgischen Streikenden unterstützt werden, das haben wir ja gerade hervorgehoben, indem wir sagten, daß der Parteivorstand „jedemfalls nicht wegen, sondern trotz des Generalstreiks“ selber bewilligt habe. Und trotz des Generalstreiks haben auch unsere Kollegen beigesteuert, trotz des Generalstreiks plädierten auch wir für eine weitere Unterstützung der belgischen Brüder. Wir können daher darauf verzichten, unsere angezweifelte Gefühle zum Gegenstande der Erörterung zu machen.

Nun hat der Vorwärts die Nachricht des Wolffschen Büreaus vom 17. April, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, als einen „deplazierten Aprilscherz“ und als eine „fremde Verulkung“ bezeichnet. Diese scharfe Verurteilung jener Nachricht läßt erkennen, daß die Vorwärtsredaktion in geradezu fanatisch-orthodoxer Weise vor dem Worte Generalstreik auf dem Boden lag, statt nachzuprüfen, ob die Situation in Belgien die vom Wolffschen Büreau angekündigte und gar nicht unlaubliche Wendung genommen habe oder nehmen könne. Wenn daher von einer Verulkung gesprochen werden kann, so hat sich der Brüsseler Mitarbeiter des Vorwärts eine solche geleistet. Es berührt geradezu abstoßend,

die politischen Kannegießereien zu lesen, nach denen jetzt die Brüsseler Korrespondenten der deutschen Parteiblätter wissen wollen, daß alles von vornherein verpfuscht und bereits am 12. April alles verloren war, daß das Bündnis mit den Liberalen, die „Anbettelung des Königs“ ein haltloses Hin- und Herschwanken der Führer gezeigt habe, nichtsdestoweniger hat man aber den Vorwärts mit der Nachricht von der „deutschen Grundsichtigkeit“ und dem „französischen Elan“ gründlich irreführt, um hinterher zu schreiben, daß die „Begeisterung und der Kampfesmut der Massen größer war als ihr politisches Verständnis“. In dem gleichen Artikel (in derselben Nummer des Vorwärts, in welcher der Aufsatz gegen uns entfallen ist) wird dann wieder darauf hingewiesen, daß es nicht an den Soldaten, sondern an den Führern gelegen habe. Da in dem genannten Leitartikel des Vorwärts dessen Brüsseler Mitarbeiter mitteilt, daß am 19. April die Beendigung des Streiks proklamiert worden sei, so konnte dieser Herr am 18. April auf Grund aller in Betracht kommenden Begleiterscheinungen, die man jetzt ins Ungemessene kritisch detailliert, sehr wohl die Nachricht des Wolffschen Büreaus als der Wahrheit ziemlich nahe kommend bezeichnen. Aber freilich, der Vorwärtskorrespondent hat sich der ihm gestellten Aufgabe nicht im Entferntesten gewachsen gezeigt, deshalb auch die totale Verblüffung, als die für den Vorwärts überraschende Mitteilung von der Aufgabe des Generalstreiks eintraf.

Die S. A.-Ztg. wolle uns nun noch einige Worte an ihre Adresse gestatten. Von einem Organe, das glaubte feststellen zu müssen, daß die Buchdrucker in der Arbeiterbewegung nur „unzuverlässige Mitläufer“ seien und welches schon seit Jahren „teilweise auch unter den Buchdruckern“ die „Gegner der Sozialdemokratie“ gefunden zu haben glaubt, wäre vergeblich ein andres Urteil über den Corr. zu erwarten, als das oben abgedruckte lautet. In der richtigen Beleuchtung erscheint das selbe aber, wenn man weiß, daß ein Buchdrucker und Verbandsmitglied Redakteur der S. A.-Ztg. ist, welcher wie geschehen „sachkundig“ seine Leser über den „Sando Pansa“ Eugen Richters unterrichtet, wobei bemerkt sei, daß die S. A.-Ztg. uns vor genau zwei Jahren als Antifemiterich der Deutschen Nacht attackierte. Heute haben wir es schon bis zu den „Wasserstiefeln“ gebracht, wer weiß, welches „Avancement“ für uns noch im Zintensasse des Kollegen von der S. A.-Ztg. ruht. In rund 12 Zeilen teilt dieses Blatt seinen Lesern mit, was wir über den belgischen Generalstreik geschrieben haben. Gegen solche journalistische Halsabschneider ist allerdings nicht aufzukommen, unsere Leser mögen daher den Artikel in Nr. 49 nachlesen und mit dem Zitate der S. A.-Ztg. vergleichen, um feststellen zu können, wie wenig dazu gehört, für den Corr.-Redakteur den Galgen aufzurichten. Wenn die S. A.-Ztg. bei uns nur „daß gegen die sozialistische Arbeiterbewegung“, „Luft an perfiden Anrempelungen“ und „Standalsucht“ sieht, so können wir ob dieser stumpfsinnigen Phrase dem Schreiber der S. A.-Ztg. gar nicht einmal ernstlich zürnen, denn uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das hieße die ganzen Prinzipien der S. A.-Ztg. auf den Kopf stellen. Und für eine solch radikale Umwälzung ist die Konstitution jenes Blattes zu schwach. Nun sollen wir die „tapferen belgischen Brüder“ beschimpfen und über die belgischen Genossen „wie ein bissiger Dorfköter“ hergefallen sein. Wohlweislich hütet sich der edle Schreiber, für diese seine Behauptungen den Nachweis aus unserm Artikel zu führen. In Wirklichkeit liegt aber die Sache so: Weil wir die totale Unfähigkeit der belgischen Genossenschaftler gezeigt und zu deren politischer Infallibilität nicht gläubig emporklicken, weil wir durch die dicken Phrasen der Führer uns nicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen ließen, weil wir früher als die deutsche Parteipresse gesagt haben, was jetzt nachträglich auch von ihr zugestanden werden muß, deshalb die „Beschimp-

pfung", deshalb der "bissige Dorfköter". Es blieb den demokratischen Prinzipien verschiedener Parteiblätter überlassen, "würdig dem Waldersee-Stil gewisser Hoflaken-Blätter", jede knappebide Phrase der belgischen Führer anzuhimmeln, so daß jetzt selbst aus sozialdemokratischen Kreisen dagegen Protest erhoben wird. Wenn wir nach Art gewisser liberaler Blätter die Niederlage in einen Sieg umgedichtet und "bewiesen hätten, daß weiß schwarz und schwarz weiß ist", dann vielleicht wären wir — man verzeihe uns, daß wir deutsch sprechen — von dem Dreck der S. A.-Ztg. verschont geblieben. Wie dumm muß das Publikum der S. A.-Ztg. sein, wenn ihm plausibel gemacht werden kann, daß unsere rein sachlichen Ausführungen in Nr. 49 eine "Beschimpfung unserer tapferen belgischen Brüder" bedeuten, während die Leipziger Volkszeitung, die Neue Zeit, die Königsberger Volkszeitung und selbst der Vorwärts weit schärfer urteilen als der Corr. Wagt dies die Redaktion der S. A.-Ztg. zu bestreiten? Warum dann der "bissige Dorfköter"? Was sagte z. B. Clara Zetkin (Vorwärts vom 29. April) in einer Berliner Versammlung:

"Ein politischer Waffenstreik kann nur dann Erfolg haben, wenn die Gegner fürchten müssen, daß hinter dem Streik weitere revolutionäre Aktionen folgen, und die Massen zum revolutionären Kampfe bereit sind. Im anderen Falle ist der Generalstreik nur eine Sonntagsparade des Proletariats. Wir können hier nicht beurteilen, ob die revolutionären Streikkräfte in Belgien ausreichend sind, um den Kampf bis zum äußersten durchzuführen. Wenn die Führer aber wissen, daß dem nicht so ist, dann dürften sie die Massen nicht erst mit dem Generalstreik aufregen. Unsere belgischen Genossen haben aber auch in letzter Stunde dem Liberalismus dadurch nachgeeifert, daß sie ihre Hoffnung auf ein Wort aus dem Munde des Königs setzten, desgleichen Königs, dessen Taten sie bis vor einem halben Jahre in der denkbar schärfsten Weise kritisierten und glorifizierten. Das ist keine politische Klugheit, sondern eine politische Würbellosigkeit, die gebrandmarkt werden muß. So ist ein Kampf, der unter lebhaftem revolutionären Grollen begann, ausgegangen wie das Hornberger Schießen."

In der Neuen Zeit schreibt Rosa Luxemburg: "So durch einander in Sprüngen, in Kreuz- und Querzügen liefen während der jüngsten belgischen Kampagne die verschiedenen Lösungen: Die Obstruktion im Parlamente, der Generalstreik, die Kammerauflösung, die Intervention des Königs, wobei keine dieser Lösungen bis zu Ende durchgeführt und schließlich die ganze Kampagne ohne jeden ersichtlichen Grund, mit einem Male erstickt und die Arbeitermassen mit verdrubten Gesichtern und leeren Händen nach Hause geschickt wurden."

Die Königsberger Volkszeitung schreibt in ihrer Nummer 95:

"Die Niederlage ist um so beschämender, als man vorher den Mund ungeheuer voll genommen hatte und nachher die Waffen streckte, ehe es überhaupt zum Kampfe gekommen war. Man hat gut reden, daß der Generalstreik, zumal wenn er zum Straßenkampfe führte, ungeheure Opfer erfordern hätte und daß der Erfolg trotzdem unsicher gewesen wäre. Das wissen wir auch, ja wir sind sogar der Meinung, daß der Generalstreik überhaupt nicht das richtige Mittel in solchen Kämpfen ist, erstens weil er zweifelndig ist und den Arbeitern selbst mindestens ebensoviel schadet wie den Gegnern, und zweitens weil er doch nicht durchgeführt wird. Selbst in dem kleinen Belgien hat höchstens die Hälfte aller Arbeiter gestreikt, und wie viele davon waren in den ersten Tagen des Hungers zur Arbeit zurückgekehrt! Aber wenn man das weiß, so muß man erst gar nicht mit dem Generalstreik drohen. Die belgischen Arbeiterführer haben jetzt gar nichts weiter erreicht, als daß in Zukunft kein Mensch ihre Drohungen mehr ernst nehmen wird."

Diese Proben dürften für den Augenblick genügen, um der S. A.-Ztg. Gelegenheit zu geben, dort die "Beschimpfung der tapferen belgischen Brüder" und die "bissigen Dorfköter" zu suchen, wo sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Wir danken dafür, die Klagenjammerstimmung der politischen Wettermacher ausbaden zu sollen — oder sind die Buchdrucker im Namen der modernen Arbeiterbewegung auch dazu verpflichtet?

Was wir über den belgischen Generalstreik geschrieben haben, davon halten wir jedes Wort aufrecht Jedem gegenüber, und dem Herrn Niemand von der S. A.-Ztg. zum Troste behaupten wir, daß

unser Urteil über die belgischen Verhältnisse nicht bestimmt wird von Journalisten, die durch Gottes Zorn und der Leser Einsichtslosigkeit den Redaktionsseffel irgend eines Parteiblattes zieren. Von dem "Rechte der freien Kritik" werden wir Gebrauch machen, wann und wo es uns paßt. Außerdem sind wir Gott sei Dank so gestellt, daß wir keine geistigen Anleihen bei den Schreibern des Vorwärts und der S. A.-Ztg. zu machen nötig haben — und wenn es notwendig sein sollte, setzen wir auf jeden Schelmern anderthalbe. Quod erat demonstrandum!

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.) Die Lithographen und Steindrucker zeigen sich im allgemeinen auffallend schlecht unterrichtet über unsere Verhältnisse und das namentlich in Leipzig. So meinte unlängst jemand in einer Versammlung, er könne "die Regelung des Unterstützungswezens des Buchdruckerverbandes mit der Prinzipalsvereinigung" nicht billigen. Wo diese Regelung stattgefunden hat, ist jedenfalls die ureigene Wissenschaft dieses Schnagers zweiter Linie.

Die deutsche Gärtnervereinigung hat im März eine Agitationsnummer erscheinen lassen, die ihrem Zwecke durch die Vielfältigkeit des Textes sicher entsprechen dürfte, auch die bekannten Streitfragen mit dem Allgemeinen Gärtnervereine finden darin Erwähnung.

Der Bergarbeiterverband hat Mitte März das 40. Tausend seiner Mitgliederzahl vollenden können. — Die bayerische Berginspektion hat mit der verfahrensweise eingeführten Einrichtung der Arbeiterkontrollreue sehr günstige Erfahrungen gemacht und brachte diese ihre Wahrnehmung öffentlich zum Ausdruck. — Im deutschen Bergbau ist auch im vergangenen Jahre die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle gestiegen und zwar von 12,20 auf 13,06 pro 1000 Beschäftigte. Daß dieses Ergebnis befriedigt, wird niemand behaupten wollen.

Bei der von der Berliner Gewerkschaftskommission Anfang Februar vorgenommenen Arbeitslorenzählung wurden in Berlin und Vororten 11 624 arbeitslose Metallarbeiter ermittelt, darunter 415 Arbeiterinnen.

Der Sattlerverband stellt in seinem Jahresberichte einen Rückgang der Organisation fest, trotzdem 2135 männliche und 37 weibliche Mitglieder beitraten. Daß bei einem Mitgliederbestande von 3679 2923 gestrichen werden mußten, bezeugt der Vorstand selbst als ein Kreislaufen schlimmster Art. Auch die Zahl der Beraufstellungsstellen hat eine Verringerung von 71 auf 65 erfahren. Den Einnahmen im Betrage von 41 829,82 Mk. (1900: 51 009,44) stehen 46 199,85 Mk. (19: 0: 56 856,24) Ausgaben gegenüber, somit auch in dieser Richtung ein Minus von 4370,03 Mk. Der Vermögensbestand hat sich dadurch pro Kopf auf 1,87 Mk. verringert, Ende 1900 betrug derselbe 2,33 und Ende 1899 noch 6,12 Mk. — Zwischen den Sattlern und Tapezieren sind abermals Einigungsverhandlungen im Gange, daß dies bereits zum vierten Male geschieht, klingt nicht sonderlich erfolgversprechend. Das Bestehen dieser beiden Organisationen neben einander ist eben schon ein Un Ding; ein Vorschlag, die Sache dahin zu regeln, daß Filialen mit überwiegend Sattlern sich diesem und umgekehrt dem Tapeziererverbände sich anzuschließen hätten, ist auch nicht andres.

Im Holzarbeiterverbände vermochten im zweiten Halbjahre 1901 nur die Gauen Stettin, Berlin und Hamburg ihren Mitgliederbestand zu behaupten. Den größten Verlust hatte Königsberg mit 26 Proz., den geringsten Leipzig mit 4 Proz. — Aus einer Uebersicht über die Lohnbewegungen des Jahres 1901 fällt zunächst die Verminderung der Gesamtzahl der Streiks von 111 auf 84 auf, worunter allein 69 Abwehrstreiks gegen 54 in 1900. Bei den 15 Angriffsstreiks kamen 84 Betriebe (1900: 1770) mit 524 (20 233) Arbeitern in Betracht. Das Resultat: 7 Streiks mit 275 Beteiligten endeten erfolgreich, 4 mit 126 teilweise erfolgreich und 4 mit 41 gingen verloren. Die 69 Abwehrstreiks erstreckten sich auf ebenjoviel Betriebe mit 2627 Arbeitern, von denen 1948 (1835) die Arbeit einstellten. 24 dieser Streikfälle mit 552 Beteiligten nahmen einen erfolgreichen, 14 mit 897 einen teilweise günstigen und 27 mit 386 einen ungünstigen Verlauf, das Ergebnis dieser Kategorie hätte sich also gegen 1900 ganz erheblich verbessert. Ohne Arbeitszeinführung wurde für 886 (3844) Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 3 1/2 (4) Stunden errungen und für 638 (3856) Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 9 Prozent erzielt. Die Gesamtsinn aller Streiks betragen 72 628 (844 648) Mk., wovon 18 094 auf die Angriffsstreiks und 54 533 auf die Abwehrmaßnahmen sich verteilen. Der Bericht konstatiert schließlich noch, daß die Zahl der Abwehrstreiks um das Dreifache größer, wenn allen Provokationen der Unternehmer immer gleich mit der richtigen Antwort geantwortet worden wäre. — Die Notlage der Formmaler gibt eine in Broschürenform erschienene statistische Erhebung des Holzarbeiterverbandes anschaulich wieder. Diese Ermittlungen beziehen sich auf 106 Orte mit 1224 Unternehmen, 2777 Arbeitern und 300 Arbeiterinnen; auf den Betrieb kommen im Durchschnitt also 7 beschäftigte Personen. Den 73 Proz. organisierten Holzarbeitern stehen 27 Proz. unorganisierte gegenüber. Die Arbeitszeit zeigt im Vergleiche zu einer früheren

Statistik eine Verlängerung, sie beträgt im Gesamtdurchschnitt 61,5 Stunden. Auch die Löhne lassen eine stündliche Tendenz erkennen, gegen 1897 ist nämlich der durchschnittliche Wochenverdienst von 17,54 auf 16,51 Mk. gefallen; Berlin weist einen Rückgang von 23,90 auf 18,70, Bernburg von 21,90 auf 16,25, Westphalen von 19,30 auf 14,15, Halle a. S. von 17 auf 13,50 Mk. auf. Die Akordarbeit ist fast ausschließlich in Gebrauch. Bemerktlich ist unter diesen Umständen, daß bei 749 verheirateten Formmachern in 228 Fällen die Frau, in 30 Fällen 58 Kinder unter 14 Jahren und in 64 verheiratete Formmacher noch nebenbei verdienen müssen. Das durchschnittliche Alter der männlichen Arbeiter beträgt 31,7 Jahre. Wenn die kleine Broschüre daher von einer Notlage der Formmaler in ihrer Laufbahn spricht, so trifft die Bezeichnung wahrhaftig nicht vorbei.

Der Vorstand des Zentralvereins der Bildhauer sah sich genötigt, seinen Mitgliedern die Herabsetzung eines hauptsächlichsten Unterstützungsweizes — gemeint ist jedenfalls die Arbeitslosen-Unterstützung — sowie die Erhöhung der Karenzzeit in Vorschlag zu bringen. Angesichts der unbedingten Notwendigkeit eines derartigen Ausweges zeigten sich die Mitgliedschaften wohl einer Kürzung geneigt, doch gingen die Meinungen über die Form derselben weit auseinander. Bonn wünscht im besondern größere Sparsamkeit bei Maßregelungen infolge der Misere.

Die Brauer haben in Nürnberg und Fürth eine Art Karigemeinschaft abgeschlossen.

Nach einer vom Tabakarbeiterverbande bereits im Jahre 1901 aufgenommenen, aber erst jetzt veröffentlichten Statistik läßt sich auf kaum glaubliche Lohnschwankungen schließen. Der Tausendpreis für Formarbeit geht von 21 auf 2,75 Mk., für Handarbeit von 40 auf 5,80 Mk. und für Sortieren von 4 auf 0,25 Mk. herab. Das sind in der Tat Hungerlöhne.

Bediglich der Unterstützung wegen befinden sich Mitglieder des Handschuhmacherverbandes auch in den Hirsch-Dunderscher Gewerksvereinen, indes gelten sie dort nur noch als geduldet "Doppelte". Schön kann man ein derartiges Verhalten gewiß nicht nennen, da sollte es doch nur ein entweder — oder geben!

Der Zentralverband der Maurer hat trotz der Krise im vergangenen Jahre 489 760,47 Mk. für Streiks verausgaben müssen (außerdem wurden die wirtschaftlichen Kämpfe anderer Arbeiter mit 9500 Mk. unterstützt) gegen 418 970 Mk. im Jahre 1900. Mehr als 10 000 Mk. erforderten die Streiks in Gommern mit 147 124,95 Mk., Halle a. S. 142 083,86 Mk., Landsberg a. W. 19 662,50 Mk., Stettin 14 635,82 Mk., Mainz (II) 10 868,75 Mk. Wie wir bereits in unserer Uebersicht in Nr. 4 d. Z. dargelegt, ist die Verbandsleitung der Maurer mit den Streikeresultaten von 1901 nicht zufrieden, die opferreichen Kämpfe in Gommern und Halle a. S. gingen bekanntlich ganz verloren. Wenn aber trotz alledem im vorigen Jahre 155 753,87 Mk. gutgemacht wurden, so daß das Gesamtvermögen beim Rechnungsabslusse 1 004 525 Mk. betrug, dann wirkt dieses Fazit wenigstens tröstend für manche Position im Verluschkonto. Die Mitgliederzahl, welche für 1900 im Durchschnitt mit 82 964 angegeben, hat nämlich anscheinend auch eine kleine Minderung erfahren, da in der Jahresabrechnung von 1901 nur 81 429 aufgeführt werden. — Zu Ausführung eines Beschlusses des letzten Verbandstages hat die Zentralkommission für Bauarbeiter jetzt eine Agitationschrift zur Förderung korporativer Arbeitsverträge erscheinen lassen. — Von den in diesem Jahre bereits nach Deutschland gekommenen mehr als 20 000 Italienern haben speziell die Bauarbeiter noch manches Unheil zu erwarten. Daß dieser Zuzug von den Werbeagenten reduktionslüsterner Unternehmer wesentlich gefördert wird, steht außer Zweifel, ein solches Treiben ist aber einfach infam.

Die Streikstatistik des Verbandes der Bauarbeiter für 1901 weist 10 Angriffs- und 4 Abwehrstreiks auf, an denen 1484 Berufsgenossen in 23 Orten beteiligt waren. Gegen 1900 wäre also hinsichtlich der Angriffsstreiks ein weniger von 13 zu konstatieren, wogegen die Abwehrkämpfe sich um einen vermehrt haben. Der Ausgang kann im allgemeinen nicht als günstig bezeichnet werden.

Der Vorsitzende des Verbandes der Steinseher, Alexander Knoll, hat einer Berliner kombinierten Versammlung den Entwurf eines Tarifgemeinschaftsvertrages mit einer Dauer von fünf Jahren unterbreitet. Ueber das Schicksal dieses Antrages werden wir später berichten. — Wegen Erhöhung der Beiträge hat diese Organisation in Süddeutschland nicht unerhebliche Mitgliederverluste zu erwarten. — Eine interessante Eingabe haben die Stettiner Steinsehergesellen an die dortige Gewerbeverwaltung gerichtet wegen Boykottierung des seitlichen Mitglieder durch die Meister bzw. den Vorstand der Zwangsinnung für besagtes Gewerbe. Den Mitgliedern dieser räumlich sehr ausgedehnten Innung ist nämlich bei Androhung einer Konventionstrafe verboten, den Mitgliedern in Arbeit zu nehmen. Den § 96 der Gewerbeordnung legen die Steinsehergesellen in Stettin nun in der Weise aus, daß die in demselben angeordnete Ordnungsstrafe wegen Nichtannahme eines Innungsamtes auch den trifft, der jemand an der Ausübung dieser gesetzlichen Tätigkeit verhindert. Da diese Behinderung nun durch die vorgenommenen Aussperrung gegeben ist, beantragen die Steinsehergesellen die Festsetzung einer Ordnungsstrafe von mindestens 30 Mk. pro Woche gegen die Innung, wenn von deren Vorstand die Einstellung des Mitglieder nicht wieder freigegeben wird.

Die Frage der Opportunität einer Tarifgemeinschaft für den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter behandelte in der ersten Aprilnummer des *Proletariats* Frau Louise Zieg in besagten Sinne. Zwar sei dies nicht für alle der in diesem Verbands vertretenen Berufsgruppen, welche bekanntlich sehr unterschiedliche und zahlreiche sind, angebracht, für einige jedoch unter allen Umständen. Diese gewerkschaftliche Agitatorin bemerkt sehr treffend, „daß durch solche Vereinbarungen die plötzliche zum Ausdruck gelangte; ganz unvorhergesehenen Streiks, bei denen oft mehr das Herz und das Gefühl als der Verstand der Arbeitgeber gewesen, zum guten Teile vermieden werden.“ Außer den „Unannehmlichkeiten tariflicher Vereinbarungen“ erblickt die Verfasserin auch ein hervorragendes agitatorisches Moment in denselben. Fürwahr, wenn solche Organisationen wie genannte in eine von bestimmten Zwecken ausgehende Erörterung über den Wert der Tarifgemeinschaft treten, dann kann man das Vorhandensein einer zur ausschließlichen Bekämpfung dieser Taktik gegründeten Vereinigung nur als Gehirn-jauchenswünsche schämevoller Art bezeichnen. Welche Wertigkeit die Leipziger Wirkkräfte sich allgemach überall erworben, jagte ja erst kürzlich die *Holzarbeiter-Zeitung* mit aller Deutlichkeit: „Für den Gewerkschaftskampf hat dieser Sonderbund so über so seine Bedeutung, man müßte denn das Schimpfen oder den Streikbruch zu den gewerkschaftlichen Leistungen zählen — dann wäre die Buchdrucker-Gewerkschaft für die deutsche Arbeiterbewegung allerdings auch für die Zukunft ein zu beachtender Faktor, wie sie es in der Vergangenheit gewesen ist.“

Eine jetzt zur Veröffentlichung gekommene Berufsstatistik der Typographen vom September 1901 widerlegt vor allen Dingen die Ansicht, der Holzschmitt sei durch die mannigfaltigen neuen Reproduktionsverfahren fast verdrängt. Wertwürdig ist unter diesen Umständen allerdings der Rückgang des Großbetriebes; auch die Hausarbeit ist zurückgegangen, gewonnen hat also lediglich der Kleinbetrieb. 454 Typographen arbeiten zu den gebildesten aufgestellten Bedingungen, die Lohnverhältnisse sind aber im allgemeinen gegen 1897 zurückgegangen und differieren zwischen 75 Mk. (ein Fall) und 632 Mk. pro Woche. Der Durchschnittsverdienst beträgt im gewissen Grade 33,09 Mk., im Record 33,02 Mk., über 60 Mk. haben nur 5 Gehilfen. Die Rubrik Extrararbeit läßt arge Mißstände vermuten, was um so bedauerlicher, da die Arbeitslosigkeit auch in diesem Berufe in steigendem Maße Platz greift. Wenn nämlich 1897 96 Beschäftigungslose zu verzeichnen, so im Vorjahre schon 162, verbesserungsbedürftige Verhältnisse tragen jedenfalls auch ihr Teil dazu bei. 526 organisierten Berufsgenossen sollen 220 Nichtverbändler gegenüberstehen. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Borna. Obwohl im letzten Jahrzehnt mancher Buchdrucker hier zugereist und in Kondition getreten ist, um aber oft nach kurzer Zeit seine Schritte weiter lenken zu müssen, hat man der örtlichen Buchdruckerberufsstelle in den Spalten des *Corr.* bisher keine Erwähnung gethan. Es wird darum viele Kollegen wohl interessieren, zu hören, daß am 27. März ein Ortsverein Borna gegründet wurde, dem zurzeit über dreißig Mitglieder angehören. Vom 1. Mai ab wird an nichtbezugsberechtigten und ausgesetzten Mitgliedern ein Biatium gezahlt. Hoffen wir, daß der neue Ortsverein ein würdiges Glied des Gaus Erzgebirge-Bohland bzw. des Verbandes sein möge und ihm nicht das Schicksal seines Vorgängers, des 1886 gegründeten, nach halbjährigem Bestehen aber wieder entschienen Ortsvereins beschieden sei.

Brandenburg a. S. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 20. April in Eberswalde statt. Als Gäste wohnten derselben bei Redakteur Ketzler, Gauvorsitzer Kirchner-Stettin und Bezirksvorsitzender Müller-Frankfurt a. D. Bei Eröffnung der Versammlung bat der Vorsitzende Sencke, sich bei den Beratungen möglichst kurz zu fassen, da durch die am Vormittage abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung die Zeit zur Erledigung unserer Tagesordnung sehr knapp bemessen sei. Nach Verlesen des Protokolls und Erstattung des Kassenberichtes gab Kollege Sendle den Bericht des Vorstandes. Die Einführung des neuen Tarifes ist im allgemeinen ohne allzugroße Schwierigkeiten erfolgt. Wenn auch in einzelnen Orten resp. Druckereien noch nicht alles erreicht ist, so steht doch zu hoffen, daß nach und nach auch hier bessere Verhältnisse Platz greifen. Durch Errichtung einer Druckerei in Jossen hat sich die Zahl der Mitglieder im Bezirke wiederum erhöht, so daß dieselbe auf etwa 400 angewachsen ist. Die Berichte der Vertrauensleute der einzelnen Orte bewegen sich meist im Rahmen der Tarif Einführung und beschäftigen das vom Kollegen Sendle Gelegte. — Als Kandidaten zur Delegiertenwahl zur Generalversammlung schlägt die Versammlung die Kollegen Kirchner-Stettin, Sencke-Brandenburg, Rade-Boisdamm, Müller-Frankfurt a. D. und Nieche-Stralsund vor. Von einer Befragung der zur Generalversammlung gestellten Anträge wurde Abstand genommen. — Die Veratung des revidierten Bezirksstatutes wird der nächsten Bezirksversammlung überlassen; dieselbe soll in Spauda abgehalten werden. — Unter Verschiedenes kam Kollege Warnecke auf die letzten Tarifverhandlungen zurück. Die Erwidrerung des Kollegen Döblin auf die Anrede des Herrn Baensch sei nicht angebracht. Die Kollegen Schläwe und Gröpler

wünschten Aufklärung über den Fall Jänede in Hannover und betr. der Bekanntmachung des Zentralvorstandes im *Corr.* Kollege Ketzler gab hierzu einige Aufklärung und bat, die Maßnahmen des Zentralvorstandes nicht immer mit Mißtrauen anzusehen und dem Kollegen Döblin, welcher doch nun schon 14 Jahre lang als Vorsitzender die Interessen des Verbandes wahrzunehmen, Vertrauen entgegenzubringen. — Auf einen Antrag des Kollegen Rade beschließt die Versammlung noch die Errichtung eines Stellennachweises für Verbandsmitglieder in Brandenburg a. S. Hierauf Schluß der Versammlung.

Braunschweig. (Maschinenmeisterverein.) Auf Eruchen unserer Vorsitzenden hielt Kollege Sievers-Hannover (Vertreter der Firma Rodtbroh & Schneider) in der gutbesuchten Versammlung vom 19. April, in welcher auch einige Exterkollegen erschienen waren, einen Vortrag. Das Thema lautete: Welche Anforderungen stellt die heutige Drucktechnik an Tiegel- und Schnellpressen? Redner führte uns die einzelnen Tiegeldruckpressen (von den zuerst gebauten bis zu den jetzt vorherrschenden) vor Augen. Auf die Vortragsrede übergehend, hob Redner die hauptsächlichsten Vorteile derselben hervor. In bezug auf die Schnellpressen erklärte S., daß auch hierin die Firma Rodtbroh & Schneider bahnbrechend wirke, wie dies deren Fabrikat beweise. Speziell seien die Maschinen mit starkem fundamentalen Unterbau für den besten Autotypie- und Illustrationsdruck gebaut. In der darauffolgenden Diskussion erteilte Kollege Sievers auf mehrere Fragen noch Antwort. Ferner bestätigte Kollege Thies, dem eine der betreffenden Maschinen unterstellt ist, die tatsächlichen Vorzüge derselben. Der Vorsitzende Bergfeld stattete im Namen des Vereins dem Redner den wohlverdienten Dank ab. Der Firma Rodtbroh & Schneider-Dresden wie dem Kollegen Sievers für sein freundliches Entgegenkommen auch an dieser Stelle besten Dank.

s. Bremen. (Bericht über die Versammlung am 22. April.) Nach Eröffnung teilte der Vorsitzende das Ableben des Verkehrswirtes H. Bendfeld mit, zu dessen Ehren sich die Versammelten von ihren Sigen erhoben. Ein in einer hiesigen größten Druckerei durch das vorerzogene Benehmen des Geschäftsführers Lubing hervorgerufener Konflikt gab Anlaß zu einer längeren Debatte. Da die beteiligten Kollegen in der Lage waren, die Prinzipale davon zu überzeugen, daß der betreffende Herr nicht vorteilhaft für das Geschäft ist, wurde ihrem Wunsche auf Entlassung durch Kündigung dieses Herrn entsprochen und dadurch der Streit beigelegt. Den Bericht vom Gantage erstattete Kollege Müller, worauf nach kurzen Bemerkungen zur Aufstellung von Kandidaten zum Gauvorstande geschritten wurde. Nach vielen Besprechungen gelang es doch schließlich, für jeden Posten 2 Kollegen als Kandidaten aufzustellen. Das Johannistfest veranlaßte noch eine längere Debatte. Angenommen wurde, daßselbe in Altenthal zu feiern und das übrige dem Vorstande zu überlassen. Der Austausch von Johannistfest-Drucksachen wurde dem Typographischen Klub übertragen. Ein Antrag des Kollegen Waigandt, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung den Punkt zu setzen „Anschluß an das Gewerkschaftskartell“, wurde abgelehnt.

Darmstadt. Die am 26. April im Saale Zur Rosenhöhe abgehaltene Mitgliederversammlung hatte 75 Kollegen vereinigt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, Wahl der Gantagsdelegierten, entspann sich eine lebhafteste Debatte, indem Kollege May den Anwesenden empfahl, bei der Wahl nur Kollegen in Betracht zu ziehen, die sich auch für einen solchen Posten qualifizieren, einerlei ob Drucker oder Setzer. Es hatte dies seinen Ursprung wohl darin, daß der hiesige Maschinenmeisterklub zwei Druckerkollegen nominierte. Kollege Dauer entgegnete deshalb dem Kollegen May, daß wohl die Maschinenmeister auch wüßten, wer sich qualifiziere. Die Debatte zeitigte einen Antrag des Kollegen Ernst, auf eine demnächstige Versammlung zur Tagesordnung zu stellen: Unsere Spezialorganisationen, um ein klares Bild über das Prinzip der Maschinenmeisterklubs zu gewinnen. Gewählt wurden zu Delegierten die Kollegen Sitbeutert, Böhm, Oswald, Ernst und Krafft sowie Kollege Fischer als Ersatzmann. Zum zweiten Punkte, Beitragsleistung zum Arbeitersekretariate, wurde endgültig beschlossen, 120 Mk. pro Jahr abzuführen, wobei auch von verschiedenen Rednern betont wurde, daß das Sekretariat eigentlich nicht mehr den organisierten Gewerkschaften gehöre, indem auch Nichtorganisierten die Benutzung freistehende, hierin läßt sich jedoch vorerst nichts ändern. Nun schritt man zu dem immer etwas mehr Anziehungskraft ausübenden Punkte Johannistfest. Es wurde eine Feier am Orte beschlossen, wovon allerdings auch eine freundliche Einladung der hannover Kollegen betreffs Gemeindefeier in Hanau hinfällig wurde. Aufgenommen wurden zwei Kollegen und in der Versammlung vom 12. April 8 Kollegen, wie auch der Anschluß des Mitgliedes Raver Ludolf nach § 5c vollzogen. Unter Verschiedenes beantragte Kollege Böhm eine demnächstige Versammlung, die sich ausschließlich mit dem Thema „Verband und Verbandsgegner“ befassen soll. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Hr. Hannover. (Drucker- und Maschinenmeisterverein.) Am 13. April fand die diesjährige Ordentliche Generalversammlung statt. In seinem Jahresberichte mußte auch diesmal der Vorsitzende Fischer den schwachen Besuch der Versammlungen rügen, trotzdem der Vorstand alles getan, um durch Vorträge und anregende Diskussionen

das Interesse der Mitglieder wach zu halten. Mitgliederbestand 135, Kassenbestand 827 Mk. Einen größeren Raum nahm der Antrag des Vorstandes, die Biatiumskasse aufzuheben und dafür den ausgesetzten Mitgliedern, welche 12 Monatsbeiträge geleistet, wöchentlich 3 Mk. Unterstützung auf die Dauer von 8 Wochen zu gewähren, in Anspruch. Nach längerer Debatte wurde der Vorstandsantrag angenommen und das Biatium an durchreisende Kollegen dahin abgeändert, daß es nur an Mitglieder der Maschinenmeistervereine gezahlt wird.

F. H. Nürnberg. Die am 26. April abgehaltene Mitgliederversammlung war trotz der äußerst wichtigen Tagesordnung ebenfalls, wie die vorhergehende, sehr schwach besucht. Von 345 hier am Orte konditionierenden Mitgliedern hatten es nur 40 der Mühe wert gefunden, zu erscheinen. Eine derartige Saumlage und Gleichgültigkeit von Verbandsmitgliedern an den Interessen ihrer Organisation kann doch nur zu einer vollständigen gewerkschaftlichen Verjüngung führen. Die Vereinsmeierei, die Klim-bim-Bereteine tragen eben auch in Nürnberg einen rechtlichen Teil zu dieser bedauerlichen Erscheinung bei. Das im vorigen Jahre ins Leben gerufene Druckerei-Vertrauensmännersystem hob zwar den Versammlungsbesuch einigermaßen, aber auch hier ist Ebbe eingetreten; von 34 Vertrauensmännern fehlten in der vorletzten Mitgliederversammlung 16, in der letzten 18. — Die wichtigsten Anträge zur Generalversammlung des Verbandes wurden beraten und als Kandidat Kollege Link senior nominiert. Allgemeines Befremden erregte es, daß trotz Gantagsbeschlusses verschiedene Mitgliedschaften eigenmächtig Kollegen aus anderen Städten als Kandidaten aufstellten, was im Interesse der Vertretung der Provinz zu beurteilen ist. Die von hier in Betracht kommenden auswärts aufgestellten Kandidaten gaben die Erklärung ab, auf die Kandidatur zu verzichten und eruchen wir die Kollegen des Gaus Bayern, ihre Stimme auf unsern ersten Vorsitzenden, Kollegen Link sen., zu vereinigen. — Für die kämpfenden Glasigen Arbeiter wurden 25 Mk., für die Opfer des Glasarbeiterstreiks resp. Angehörigen der zu Gefängnisstrafen verurteilten Glasarbeiter in Fürth 50 Mk. bewilligt. — Der Konditionslofenstand ist in diesem Jahre ein bedeutend höher, im Durchschnitt beträgt er seit Januar 30.

Stuttgart. (Stereotypen- und Galvano-plastik.) In der am 12. April abgehaltenen Versammlung erstattete Kollege Seiffert den Bericht über den Kongreß in Hamburg. Aus dem ausführlichen Berichte war zu ersehen, daß die Weisung der Delegierten der Ansicht war, von einem Sondertarife abzusehen, vielmehr Mittel und Wege zu suchen, um dem Buchdrucker-tarife noch angelehrt zu werden. Es soll daher an die im Juni abzuhaltende Generalversammlung appelliert werden, um unsere gerechte Sache ins Reine zu bringen, auf daß auch wir als Gruppe im Verbands Gleichberechtigung am Tarife haben. Die Versammlung dankte dem Vorsitzenden für seine Mühewaltung beim Kongresse durch Erheben von den Sigen. Der infolge ergangener Einladung anwesende Gauverwalter Knie sprach seine Freude darüber aus, daß sich die Beschlässe des Kongresses mit dem Buchdrucker-tarife decken, nur in dieser Fassung sei es möglich, daß sich die Generalversammlung darüber schlüssig werde, was in diesem Falle zu tun sei. Er sei jederzeit bereit gewesen, wo es Gelegenheit gab, für uns einzutreten und werde es auch ferner tun. Dasselbe könne er uns auch gewiß von den in Wäbe zu wählenden Delegierten zur Generalversammlung sagen. Der Wunsch der Versammlung ging noch dahin, daß die Verbandsfunktionäre nichts unberücksichtigt lassen möchten, um auch uns dem Tarife anzuschließen, damit in unserer Gruppe Ruhe und Frieden einkehre.

Wiesbaden. Die am 20. April hier selbst abgehaltene zweite diesjährige Bezirksversammlung war von etn a 60 Mitgliedern besucht. Vertreten waren außer Wiesbaden die Druckorte Ems, Limburg, Diez, Dillenburg, Zöfstein, Destrach und Biebrich. Ertreuerweise konnten wieder sechs Kollegen in unsere Reihen aufgenommen werden, während gegen zwei Kollegen wegen tarifwidrigen Verhaltens der Anschluß beim Gauvorstande beantragt werden mußte. Als Delegierte zu dem zu Pfingsten in Saarbrücken abzuhaltenden Gantage wurden die Kollegen Heller, Strieder, Stricker und Fesler gewählt. Die Versammlung beschloß darauf, unsern Vorsitzenden Heller a s Kandidaten zur Generalversammlung aufzustellen. Auf ein Zirkular der Mainzer Gutenberg-Gesellschaft wurde beschlossen, daß der Bezirksverein genannter Gesellschaft als Mitglied beitrete. — Eine recht erregte Diskussion rief ein Antrag des Kartelldelegierten Wittmann hervor, „unsere beiden Vertreter aus dem Gewerkschaftskartell zurückziehen“. Kollege Wittmann begründete seinen Antrag hauptsächlich damit, daß das Kartell die Delegierten verpflichten wolle, Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins und Abmonten der Volksstimme zu sein. Die Versammlung schloß sich jedoch in ihrer Mehrheit der Ansicht des zweiten Delegierten Strieder an, daß es verfehlt sei, die Delegierten zurückziehen, sondern daß es gerade deren Aufgabe sein müßte, einen andern Geist in das Kartell zu bringen und derartige Beschlüsse zu verhindern. Nachdem Kollege Wittmann darauf seinen Antrag zurückgezogen, wurde beschlossen, den noch fehlenden dritten Delegierten ebenfalls ins Kartell zu entsenden und wurde als solcher Kollege Fesler gewählt. Nachdem noch einige unwesentliche Punkte ihre Erledigung gefunden, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Siehe eine Beilage.

Rundschau.

In der Zeit von Ostern 1900 bis Ostern 1902 haben am Unterrichte der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig 501 Personen teilgenommen. Ihrer Berufsart nach waren 180 Lithographen, 91 Zeichner und Maler, 6 Xylographen, 1 Kupferstecher, 2 Musterzeichner, 4 Grabenreue, 5 Glasmaler, 61 Dekorationsmaler, 17 Mobelleure, 15 Kleb- und Bildhauer, 68 Schriftgießer, 22 Buchdrucker, 21 Photographen, 1 Photomechaniker, 1 Photodermigraph, 1 Autotypist, 5 Bautechniker, 1 Buchbinder, 1 Berggolber, 15 Lehrer, Studenten, 1 Buchhändler. Der Staatsangehörigkeit nach waren 343 Sachsen, 129 andere Reichsangehörige, 24 außerreichsdeutsche Europäer und 5 Angehörige außeruropäischer Länder. Es wird beabsichtigt, die Unterrichtsanstalt in Vorschule, Fachschule und Hilfschule zu gliedern, die unter einander engsten Zusammenhang haben.

Der deutsche Reichstag nahm am Dienstag den Nachtrag zum Etat an, der für Beihilfen an invalide Kriegsteilnehmer 1300000 Mk. vorsieht. Die Seemannsordnung wurde nach den Beschlüssen der zweiten resp. dritten Lesung ebenfalls angenommen, wobei die sozialdemokratische Fraktion mit Nein stimmte, da die von ihr gestellten Verbesserungsvorschläge fast ohne Ausnahme abgelehnt worden sind. Der Gesetzentwurf über den kriegenden Gerichtsstand der Presse fand wieder Erwarten gleichfalls Zustimmung, obwohl die bekümmteste Ausnahme zu Gunsten der Privatkläger beibehalten wurde, nur die Beschränkung auf periodische Drucksachen wurde gestrichen. Wegen die Ausnahmebestimmung der Privatkläger stimmten nur Freirechtler und Sozialdemokraten. Das was bisher infolge einer ansehnlichen Debatte des Reichsgerichtes dem Ermessen des Richters anheimgestellt war, wird nun zur Regel und bildet dadurch für den Zeitungsredakteur eine neue Fessel.

Das Reichsgericht hat in einem Prozesse gegen den Vorliegenden einer elsässisch-lothringischen Filiale des Allgemeinen deutschen Textilarbeiter-Verbandes zu Recht erkannt, daß die Filiale polizeilich anzumelden gewesen sei. Der Verein (d. h. die Filiale) beschäftigt sich nicht nur mit der Aufbesserung der Lohnverhältnisse seiner Mitglieder, sondern mit weitergehenden Bestrebungen, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Lage der dem allgemeinen Verbande angehörenden Arbeiter zu verbessern. Danach gilt also in Elsaß-Lothringen nach wie vor nicht der § 152 der G.-D., sondern das aus Frankreich mit herübergenommene Vereinsgesetz. Und da wundert man sich, daß in den Reichsständen die „Protektoren“ nicht aussterben wollen. So lange das Reich den Elsaß-Lothringern nur mit den Gesetzen aufwartet, welche einschneidender Natur sind, alle anderen Rechte ihnen aber vorenthält, werden sie sich eben nicht „heimtlich“ fühlen können im Deutschen Reiche.

Ein außerordentlicher Delegiertentag des Deutschen Zeichner-Verbandes, der in Leipzig abgehalten wurde, machte sich nötig, um die Verhältnisse, welche infolge der Arbeitslosigkeit sich wesentlich verschoben, zu regeln. Es wurde eine Erhöhung des Monatsbeitrages von 75 Pf. auf 1,25 Mk. beschlossen. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll nach zwölftmonatlicher Beitragsleistung, vom Ablauf der zweiten Woche an, auf die Dauer von vier Wochen für Ledige 7,50 und für Verheiratete 9 Mk. pro Woche betragen. Ein Antrag, die bisher aus der Verbandstasse gezahlte Unterstützung bei Sterbefällen durch Extrabeiträge aufzubringen, wurde abgelehnt, dafür aber beschlossen, daß den Angehörigen der Mitglieder, die bei ihrem Eintritte in den Verband das 45. Lebensjahr überschritten haben, nur die Hälfte des Sterbegeldes gewährt wird. Der Antrag betreffs Verschmelzung mit dem Verbande der Lithographen usw. (Sitz Nürnberg) brachte es nur zu einer prinzipiellen Zustimmung. Die Leipziger Mitglieder sind noch zu sehr um ihre Selbständigkeit besorgt.

Wie die L.-Z. mitteilt, hat in einem s.-b. Parteiblate ein Inserat folgenden Inhaltes gestanden: „Arbeiter-Statistiken, welche sich einem auf Grundlage der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter-Statistiken anschließen wollen, werden erjucht, zu dem am Montag den 28. d. M. stattfindenden Besprechung Delegierte zu entsenden.“ Die genannte Quelle bezeichnet das mit Recht als groben Unfug. Das Inserat gibt aber auch davon Kunde, welche Begriffsverwirrung über den Ausdruck „moderne Arbeiterbewegung“ in gewissen Kreisen herrscht.

Das rheinisch-westfälische Koals-Syndikat will im Mai die Produktion um 35 Proz. einschränken.

Die in der Innung vereinigten Dresdener Bäckermeister stellen sich in direkten Gegensatz zu der neulich erwähnten Petition des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, das Frühstücksausstragen durch Schulkinder betreffend. Eine gegen diese Petition gerichtete scharfe Resolution wurde nur fallen gelassen, um den Zentralverband nicht zu blamieren. Die Blamage ist aber schon

da, man hätte sich also nicht zu genieren brauchen! Uebrigens ist die Dresdener Innung auch nicht ganz sündenlos. So wurde z. B. in einer früheren Versammlung der vernünftige Beschluß gefaßt, zum Frühstückbesorgen in die Bordelle keine Lehrlinge zu verwenden. Das hatte zur Folge, daß hierzu nun mehrfach Schulkinder Verwendung finden. Nach der obigen Entrüstung dürfte dies wohl jezt selbstmüßig eingestellt werden.

Ausstände. Der Bauarbeiterstreik in Warby endete durch Bewilligung der gestellten Forderungen. In Warmen-Rittershausen haben die Arbeiter der Dampfseifelfabrik von Siller & Jamart die Kündigung eingereicht wegen beabsichtigter Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In Berlin streifen die Sattler und Lederarbeiter der Firma Bender. Die ausständigen Bauarbeiter in Piel sind bei dem beabsichtigten Empfang von Arbeitswilligen auf dem Bahnhofe mit der Polizei in Konflikt geraten. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Malchin streifen die Maurer und Zimmerer, Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. und Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden verlangend. Der in der mechanischen Weberei von Beutler in Reichensbach i. B. ausgebrochene Streik, an welchem 75 Personen beteiligt waren, ist nach achtstündiger Dauer vor dem Gewerbegerichte beigelegt worden. Die Forderungen der Arbeiter wurden zum größten Teile bewilligt. Die Maurer in Schönebeck verlangen Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 Pf. unter Androhung des Streiks. In einer Fabrik für Holzbrandarbeiten usw. (Wernegroß & Preuß) in Taucha bei Leipzig haben die Arbeiter Stellung gegen die fortwährenden Lohnkürzungen genommen. — In Italien ist die Streikbewegung nach dem Vorwärts eine ziemlich lebhaft. In Bologna streifen neben den Maurern auch die Holz- und Zimtholzarbeiter, darunter 200 Frauen, in Bra 500 Gerber, in Ravenna Bäcker und Schuhmacher, in Ancona die Tischler, auf der Eisenbahnlinie Florenz-Bistonia die Erdarbeiter.

Die Rechtspflege in Preußen kostete nach der Deutschen Juristen-Ztg. im letzten Jahre (einschließlich Gefängniswesen, Pensionen usw.) 97 Millionen Mark. Davon bezahlte der Staat 54 1/2 Millionen Mark, während der Rest von 42 1/2 Millionen Mark von den Parteiparteien und Angeklagten aufzubringen war.

Der Landrat in Ruhrtort wendet sich in einer Bekanntmachung gegen die Prüdeberger beim Steuerzahler. Es sind umfangreiche Ermittlungen über falsche Angaben bei der Steuerdeklaration angestellt. Die Untersuchungen sollen aufs Nachdrücklichste, unter Anspruchnahme der ordentlichen Gerichte, durchgeführt werden. Hierbei kommen, wohl gemerkt, nur Personen in Frage, welche über 3000 Mk. Einkommen haben, sich also zu den „besseren Ständen“ rechnen, was sie aber nicht geniert, den Staatsfiskus zu betrogen. Und solche Leute dürfen nicht nur in Ruhrtort zu finden sein.

Ein englisches Blatt gibt die Kosten, welche England durch den Transvaalkrieg bis jezt erwachen sind, auf rund 4500 Millionen Mark an. Für solche Raubzüge ist also Geld vorhanden.

Eingänge.

Alpine Majestäten und ihr Gefolge. Die Gebirgswelt der Erde in Bildern. Monatlich ein Heft im Formate von 45:30 cm mit Ansichten aus der Gebirgswelt auf Kunstbrüdpapier. Preis des Heftes 1 Mark. — Heft 3 und 4 (je 24 Folioseiten). Verlag der Vereinigten Kunstanstalten A.-G., München. Auch die vorliegenden Hefte bieten wieder eine Fülle von der landschaftlichen Schönheit und Großartigkeit der Allgewalt, wie sie in solcher Vollendung bisher nicht geboten worden sind.

Von der illustrierten Zeitschrift Zur guten Stunde liegt uns das fünfte Salomonheft vor. (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Preis 60 Pf.) Dasselbe bekundet von neuem, daß diese Zeitschrift durch ihre Vielseitigkeit ganz vorzüglich zu wirken versteht. Besonders dürfte die Berichterstattung über aktuelle Vorkommnisse, durch zahlreiche Abbildungen und Portraits unterstützt, allgemeine Anerkennung finden. Aber auch für sonstige Belehrung und Unterhaltung ist bestens gesorgt. Hierzu werden noch drei brillant hergestellte Kunstbeilagen, davon zwei in Wunddruck, und die Gratisbeilage in Oktav (Friedrich Hebbels Nibelungen) geliefert, für den genannten Preis mehr als man süßlich verlangen kann.

Geforben.

In Frankfurt a. M. am 17. April der Galvanoplastiker Karl Bayer, 33 Jahre alt.

In Graz am 15. April der frühere Inseratenmetteur der Tagespost (Druckerei Leykam) Joh. Wawerka, 62 Jahre alt.

In Köln a. Rh. am 22. April der (auf der Reise erkrankte) Seher Theophil Bräm aus Hori-Zürich, 39 Jahre alt.

In Leipzig am 24. April der Seher Wilhelm Holsdorf aus Friedrichstadt, 31 Jahre alt — Gehirnhautentzündung.

In Schleswig am 23. April der Invalide (Faktor a. D.) Wilhelm Kattner, 71 Jahre alt.

In Weimar am 17. April Oberst z. D. Albert Panje, der Herausgeber der Zeitung „Deutschland“.

Briefkasten.

Z. K. in Bremen: Ihre Korrektur kam zu spät hier an.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Da an einzelnen Orten oder in einzelnen Druckereien infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen entstanden, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Konditionsannahme in allen Fällen vorher Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen sind.

Der Verbandsvorstand.

Bayern. Der Vorstand setzt sich nun aus folgenden Mitgliedern zusammen: Julius Panke, erster Vorsitzender; Binzen Schlegl, zweiter Vorsitzender; Frh. Friedrichs, Schriftführer; Ludwig Joeltich, Kassierer; Viktor Ernst, Karl Siegl und Andreas Zimmermann, Beisitzer. Als Ersatzmänner wurden gewählt: Johann Schwarz, Georg Tesar und Karl Bayerlein.

Schleswig-Vollstein. Urabstimmung. Eingegangen 519 Stimmzettel. Für Abhaltung des Gantages vor der Generalversammlung stimmten 284 Mitglieder, für Abhaltung desselben nach der Generalversammlung 235. Der Gantag findet demnach am Sonntag den 15. Juni in Neumünster statt. Tagesordnung und Stimmzettel zu den Delegiertenwahlen werden demnächst verjant.

Bezirk Neustadt a. S. Die nächste Bezirksversammlung findet Samstag den 24. Mai statt. Die Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

— Als Delegierter für den Gantag wurde Kollege Will gewählt.

Elberfeld. Die Druckerei J. S. Born ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Hagen. Der Drucker Josef Dienting aus Stappenberg und der Seher Oskar Stamm aus Halber werden hiermit aufgefördert, innerhalb 14 Tagen ihr Duitingsbuch beim Kassierer L. Bette, Eickertstraße 6, einzulösen, andernfalls Ausschuß erfolgt.

Neuwied a. Rh. Der Vorstand des Ortsvereins Neuwied-Übernach besteht nunmehr aus folgenden Kollegen: Max Pfotenhauer, Rheinstraße 18, Vorsitzender; Hans Mühlmann, Raiffeisenstraße, Kassierer; Oskar Späth, Schriftführer; Max Ahmus und Fritz Kettner, Neuwied; letzterer zugleich Bibliothekar.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Eingewandungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Elberfeld die Seher 1. Friedrich Holte, geb. in Elberfeld 1882, ausgel. das. 1900; 2. Josef Sandermann, geb. in Wipperfürth 1882, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder. — In Solingen die Seher 1. Paul Kiffen-berg, geb. in Solingen 1883, ausgel. das. 1901; 2. Paul Franz, geb. in Gräfrath 1883, ausgel. in Solingen 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Wald die Seher 1. Heinrich Kiffel, geb. in Schnellweide 1879, ausgel. in Wülfrath a. Rh. 1898; 2. Bruno Kind, geb. in Wald 1880, ausgel. das. 1898; waren noch nicht Mitglieder; 3. Emil Widdelborf, geb. in Hain 1880, ausgel. das. 1898; 4. der Drucker Hermann Hemmersbach, geb. in Krefeld 1877, ausgel. das. 1897; waren schon Mitglieder. — B. Drechsler in Elberfeld, Wasserstraße 8, I.

In Lahr der Seher Karl Huber, geb. in Lahr 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Billingen die Seher 1. Franz Bollmer, geb. in Rottenburg a. N. 1884, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied; 2. Ewald Fahlenbach, geb. in Wipperfürth 1843, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Christmann in Lahr, Schloßergasse 14.

In Oberhausen der Seher Aug. Hanke, geb. in Lichau 1873, ausgel. in Rhynit 1892; war noch nicht Mitglied. — In Wesel 1. der Faktor Fritz Rau, geb. in Düsseldorf 1860, ausgel. in Ratingen 1877; 2. der Seher Fritz Gaultke, geb. in Köln-Bayenthal 1884, ausgel. in Wesel 1902; waren noch nicht Mitglieder. — B. Albrind in Duisburg, Musfeldstraße 95.

In Sprottau der Seher Arthur Wendrich, geb. in Gänchen b. Löwenberg 1881, ausgel. in Löwenberg 1900; war noch nicht Mitglied. — G. Hiescher in Wlaga, Langestraße 88, III.

